

Jungliberale Basel. JLB

www.jungliberale.ch
Postfach. 4001 Basel

Ideen für die Schweiz

Die Jungliberalen Basel präsentieren einige Ihrer Ideen für die Schweiz. Wir legen kein Parteiprogramm vor. Die Jungliberalen sprechen punktuell Themen an, die uns und viele andere junge Menschen beschäftigen. Wir möchten mit unseren bewusst kurz gehaltenen Statements nicht zur Gefolgschaft sondern zum Denken anregen.

Während der Arbeit an unseren Ideen für die Schweiz wurde uns klar: Nothing's as simple as you think. Wenn es uns gelungen ist, nicht allzu viel zu vereinfachen, aber einige Gedanken zu bündeln, sind wir zufrieden.

Gerne diskutieren wir weiter.

Kontakt: Conradin Cramer, Präsident Jungliberale Basel, 076 393 95 60,
conradin.cramer@jungliberale.ch

Inhaltsverzeichnis

I.	Die Jugend begeistern	2
II.	Bildung, Bildung, Bildung	3
III.	Jung, dynamisch, arbeitslos.....	5
IV.	Die Ausländer.....	7
V.	Das Militär	8
VI.	Subventionitis	9
VII.	Basel nach Bern bringen	10

I. Die Jugend begeistern

Das Interesse an der Demokratie geht laufend zurück, die Stimmbeteiligung sinkt. Das ist kein Zeichen von Zufriedenheit, sondern von Gleichgültigkeit. Und es ist gefährlich. Denn gerade unsere Schweizerische Demokratie ist auf die Teilnahme ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Was macht die Schweiz gegen diese Tendenz? Sie macht nichts dagegen. An den Schulen ist Politik kein Thema, oft reicht die Zeit nicht einmal für die elementaren Grundsätze der Staatskunde. Das muss sich ändern, wenn wir nicht wollen, dass die künftigen Generationen der Schweiz völlig abhanden kommen. Die Schweiz sollte selbstbewusst daran glauben, dass sie ihre Jugend für sich begeistern kann

Konkret also: Staatskunde an den Schulen und Mut zu politischen Diskussionen, ohne gleich voller Angst zu sein, man könnte die jungen Leute in DDR-Manier auf unseren Staat oder eine bestimmte Meinung einfuchsen wollen. Und Staatskunde bedeutet nicht, das gemeinschaftliche Lesen der bundesrätlichen Abstimmungs-Gute-Nacht-Büchlein. Staatskunde bedeutet, den jungen Schweizerinnen und Schweizern zu zeigen, was sie als Individuen und in der Gruppe alles verändern, in die Hand nehmen können, was für Rechte und Möglichkeiten unser Staat ihnen bietet und was die Gemeinschaft allenfalls dafür verlangen kann und vor allem ihnen klar zu machen, dass man sich um die Schweiz kümmern muss, damit sie nicht verkümmert.

Die Jugend wird nicht die politische Meinung der Bundesratsparteien vertreten und auch nicht immer die der Jungliberalen. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, die Jugend die demokratische Form des Zusammenlebens zu begeistern und auch ihren altersbedingt kritischen und unabhängigen Geist zur politischen Inspiration zu nützen. Und dass die Schweiz politische Inspiration braucht, wird mittlerweile auch denen klar, die sie selbst schon lange verloren haben.

II. Bildung, Bildung, Bildung

Die PISA-Studie degradierte die Schweiz ins internationale Bildungsmittelmaß. Die Schweiz gibt jedoch überdurchschnittlich viel Geld für Bildung aus. In der Bildung werden Investitionen, die nicht den gewünschten Ertrag erbringen, viel zu wenig hinterfragt. Das hat sich nach der Pisa-Studie nicht geändert. Dabei sollte uns aus liberaler Sicht vor allem eines alarmieren: die Chancengleichheit im Bildungswesen gilt in der Schweiz viel weniger als wir glaubten.

Vor allem beim bürgerlichen Tabuzusammenhang „Schule und Integration“ ist hier anzusetzen. Rigoroses Erlernen der Landessprache und Förderung der sprachlichen Kompetenzen müssen bei immigrierten Kindern so früh als möglich einsetzen. Wenn die Wissenschaft zur Erkenntnis kommt, dass das Erlernen einer fremden Sprache selbst bei jungen Kindern nur durch Erlernen der Muttersprache möglich ist, sollte die Politik das akzeptieren.

Frühe Einschulung

In der Schweiz treten Kinder erst spät in die Schule ein, dafür bleiben sie umso länger dort und schliessen ihre Ausbildung ab, wenn andere schon jahrelang Berufserfahrung sammeln konnten. Vor allem das Einschulungsalter muss endlich internationalen Erkenntnissen angepasst werden. Angesichts der früheren Reife und der schnelleren Entwicklung, birgt ein früherer Schuleintritt medizinisch keine Gefahren. Kinder nehmen Wissen leichter auf und haben erst noch Spass daran. Der Kindergarten wird zur Basisschule und sollte neben einem Lebens-, Spiel- und Erfahrungsraum auch als erste Herantastung zum Lernen angesehen werden. Ein langsames und moderates Gewöhnen an Rechnen, Schreiben und Lesen tangiert das sorgenlose Kindsein nicht.

Vorbereitung auf Beruf Generalisten/Spezialisten.

In Real- und Sekundarschulen ist die wichtigste und häufigste Station im Anschluss an das 9. Schuljahr die Berufslehre. Immer öfters wird jedoch der Besuch des 10. Schuljahres zum notwendigen Zwischenschritt. Viele Schüler finden erst nach dem Besuch eines Brückenangebotes eine Lehrstelle. Brückenangebote bieten vertieftes Fachwissen zu einzelnen Berufsgruppen. So gibt es z.B. Vorkurse in Elektrotechnik, Verkauf oder kaufmännische Vorbereitungsschulen. Nach diesen Kursen gelingt den meisten Schülern der Übertritt in eine Lehrstelle.

Diese Schulen verursachen jedoch eine Schlaufe, welche verursacht, dass den frischen Schulabgängern ab dem 9. Schuljahr wiederum weniger Lehrstellen zur Verfügung stehen.

Spezialisierung ohne Fachidiotie

Als Lösung soll in den letzten beiden Schuljahren eine langsame Annäherung an das gewünschte zukünftige Berufsfeld geschehen. In einer ersten Phase setzt die Berufsberatung ein. Verschiedene Berufsgattungen sollen den Schülern näher gebracht werden, was ihre Entscheidung erleichtert. Die Lehrer müssen dabei abschätzen, ob die Berufswünsche der jeweiligen Schüler zu realisieren sind. In der zweiten Phase beginnt die Spezialisierung auf den gewünschten Beruf. Dies geschieht mit der Wahl von verschiedenen Freifächern. Natürlich ist hier der soziale Zusammenhalt der Klasse zu berücksichtigen. Schüler die sich an einer Informatikerstelle orientieren werden zusätzliche Stunden Informatikunterricht zugesprochen. Schüler die einen handwerklichen Beruf anstreben sollen durch zusätzlichen Werkunterricht unterstützt werden.

Lehrer sind die wichtigsten Menschen

Unser Bildungssystem kann nur gut sein, wenn wir es fertig bringen, die besten Leute für das Unterrichten zu motivieren. Lehrer sind die wichtigsten Menschen für den Bildungserfolg.

Lehrerinnen und Lehrer sollen sich wieder auf ihre Kernkompetenz konzentrieren dürfen: das Vermitteln von Fertigkeiten, das Arbeiten mit jungen Menschen. Lehrerinnen und Lehrer sollen unterrichten und sich mit möglichst wenig Sitzungs- und Büroarbeit herumschlagen müssen.

Die Aufwertung des Lehrerberufes muss – gerade bei bürgerlichen Parteien – als prioritär erkannt werden. Es muss gelingen, die Lehrberufe für einsatzbereite und intelligente junge Maturanden und Maturandinnen attraktiver zu machen

III. Jung, dynamisch, arbeitslos

Derzeit sind in der Schweiz rund 25'000 junge Menschen ohne Arbeit. Der Arbeitsmarkt hat sich für Jugendliche dramatisch verschlechtert. Bei den Lehrabgängern stieg die Arbeitslosigkeit um 90%. Bei den 15- bis 24-Jährigen nahm sie in nur einem Jahr, um 70% zu. Bereits im neuen Jahr stieg die Jugendarbeitslosigkeit um erneute 6.6%.

Als Argument für Absagen wird immer häufiger die mangelnde Berufserfahrung genannt – als ob man nicht irgendwann die erste Arbeitsstelle suchen müsste. Die Arbeitslosigkeit wird nur sinken, wenn es der Wirtschaft besser geht. Das bedingt auch eine Wirtschaftspolitik die diesen Namen verdient. Erleichterungen steuerlicher, struktureller und administrativer Art für Unternehmungen, sind der richtige Weg, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wer bei jeder Erleichterung des Umfelds für Unternehmungen von „Steuergeschenken an die Reichen“ spricht, hat den Grundkurs in Ökonomie geschwänzt.

Lehrstellen

Aufgrund der angespannten Wirtschaftssituation ist zu erwarten, dass auf Lehrbeginn 2003 auch Einbrüche auf dem Lehrstellenmarkt eintreten. Erwartungsgemäss werden gegen 10'000 Jugendliche in der Schweiz keinen Ausbildungsplatz finden. Jeder arbeitslose Schulabgänger ist einer zuviel. Es ist schrecklich, wenn junge Leute derart ausgebremst werden, ihnen nichts anderes übrig bleibt als herumzuhängen.

Einen Zwang, Lehrstellen anzubieten, wie es die abgelehnte „Lehrstelleninitiative“ verlangte, bringt nichts und schadet vor allem den kleineren Unternehmen.

Da auch Lehrstellen heute ein "Kostenfaktor" sind, überlegen sich Betriebe zweimal, ob ein Ausbildungsplatz rentiert. Die Kosten und der Nutzen während der Lehre sind nur eine Überlegung. Berechnungen seriöser Betriebe, die Ihre Jugendlichen gewissenhaft ausbilden, zeigen, dass eine Lehrstelle buchhalterisch kaum rentabel ist. Die buchhalterische Realität ist indes nicht alles. Unternehmen, die eine gute Lehrlingsausbildung und viele Lehrstellen anbieten, gewinnen an Goodwill. Es ist an uns allen als Kunden, diesen Faktor bei der Wahl unserer Geschäftspartner zu berücksichtigen.

Selbständigkeit und Unternehmensgründungen

Heute kommt der Mut zur Selbständigkeit bei vielen jungen Schweizerinnen und Schweizern gar nicht erst auf. Das kann sich ändern, wenn wir Eigeninitiative staatlich (steuerlich und administrativ) *und* gesellschaftlich fördern. So sollen zum Beispiel etablierte Firmen jungen Firmen öfters eine Chance bei Aufträgen geben. Die junge Generation braucht flexiblere Arbeits-Modelle. Beispielsweise können Tele-Working (Heim-Arbeit) und Teilzeitstellen den Weg zur Selbständigkeit (Ich AG) und Unternehmensgründungen ebnen.

Die Schweiz muss ihre Einstellung gegenüber unternehmerischen Risiken ändern. Fehler sind oft die lehrreichsten Erfahrungen, wenn sie richtig verarbeitet werden. In unserem Verhalten als Kunde und Bürger und in der Erziehung und Ausbildung junger Leute soll eine positive unternehmerische Haltung endlich wieder erkennbar werden.

IV. Die Ausländer

Weniger Ausländer kann sich die Schweiz nicht leisten. Wir brauchen die Ausländer, die hier sind und wir brauchen einen massvollen Zuzug von ausländischen Arbeitskräften.

Klar ist, dass es in der Schweiz eine spezifisch europäische und spezifisch schweizerische Kultur gibt, die wir erhalten wollen. Und es gibt gewisse Dinge, die wir hier nicht dulden, obwohl sie anderswo geduldet werden. Die Schweiz ist zu klein und fragil, um ein „Melting Pot“ zu sein. Das heisst, dass wir gewisse Anpassungsleistung von allen Menschen bei uns verlangen. Vor allem verlangen wir, dass jemand, der bei uns bleiben will, eine unserer Sprachen lernt. Wir sind selbstverständlich bereit, dabei zu helfen, aber gelernt muss die Sprache werden. Wir verlangen auch, dass alle Bewohner der Schweiz unsere Grundrechte akzeptieren: Toleranz gegen das Schlagen von Kindern zum Beispiel, das in andern Ländern noch als taugliche Erziehungsmethode gelten mag, haben wir keine. Und wer sich nicht an die Regeln hält, muss gehen.

Ebenso selbstverständlich ist für uns, dass alle, die arbeiten wollen, dies auch dürfen. Arbeitsverbote für Asylbewerber müssen aufgehoben werden.

Wer über Anpassung und schweizerische Werte spricht, ist kein Rechter. Wer Integration als wichtiges Ziel unserer Gesellschaft sieht und bereit ist, dafür Geld auszugeben, ist kein Linker. Wir erlauben uns, einen liberalen Grundgedanken zu wiederholen, der angesichts seiner Selbstverständlichkeit manchmal vergessen geht: Ein Mensch definiert sich über das, was er tut, nicht über den Pass, den er hat.

V. Das Militär

Die Aufgabe unserer Armee ist es, die Schweiz zu verteidigen.

Die Aufgabe unserer Armee ist es nicht, Deutschweizer und Westschweizer zusammenzubringen, soziale Ungleichheiten zu kitten, jungen Männern erstmals einen Wald von innen zu zeigen, Arbeitsplätze zu erhalten, die Kultur der Schützenvereine zu bewahren oder Führungsverantwortung zu lehren. Dies alles sind Nebeneffekte unserer Armee, willkommene Nebeneffekte vielleicht.

Wer sich für die jetzige Struktur unserer Armee ausspricht, stellt fast zwangsläufig diese – positiven - Nebeneffekte in den Vordergrund. Aber: Das Ziel unserer Armee ist es, die Schweiz zu verteidigen. Daran hat sie sich auszurichten. Und dafür ist unsere Armee heute zu gross verglichen mit anderen Armeen und zu klein, um allein etwas gegen einen Feind auszurichten. Auch die Milizarmee in fast reiner Form, wie sie heute existiert, ist militärstrategisch und verteidigungspolitisch ungeeignet. Auch seine staatspolitische Funktion kommt den Milizgedanken immer mehr abhanden: weniger als die Hälfte der jungen Männer absolviert heute noch eine Rekrutenschule.

Die Jungliberalen wollen die Armee nicht abschaffen. Die Jungliberalen wollen die Armee nicht kaputt sparen. Die Jungliberalen wollen nur, dass das Hauptziel der Armee das Hauptziel bleibt, und nicht die Nebeneffekte zum Hauptziel werden.

Denn: Warum sollen in der Schweiz nur Deutschweizer *Männer* mit Westschweizer *Männern* zusammengebracht werden? Warum ist das Zusammenführen sozial Ungleicher von der Diensttauglichkeit abhängig? Warum muss man ein Gewehr tragen, um den Wald kennenzulernen? Warum sollen Arbeitsplätze unabhängig von wirtschaftlichen Bedürfnissen erhalten werden? Warum sind Sportschützenvereine förderungswürdiger als Kaninchenzüchtervereine? Aus welchen gesellschaftlichen Gründen muss der Staat einer ausgesuchten Gruppe von Männern Führungsverantwortung beibringen und sie dazu sogar zwingen?

Alle diese Fragen müssen strikt unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung beantwortet werden. Der Blick sollte dabei in die Zukunft gehen, nicht in die Vergangenheit. Eine harmlose Forderung? Eigentlich schon.

VI. Subventionitis

Seit Jahren regen sich Bundesparlamentarier öffentlich über zu hohe Subventionen auf. Doch geschehen ist bisher nichts. Die National- und Ständeräte bringen es nicht übers Herz, Subventionen zu streichen, selbst wenn sie diese als unnötig erkannt haben. Dieses Jahr zum Beispiel ist das jährliche Subventionsvolumen des Bundes gestiegen, obwohl – grundsätzlich – fast alle dagegen sind.

Warum ändert sich nichts? Viele Parlamentarier glauben, dass sie nur gewählt werden, wenn sie mit einer Giesskanne Geld über ihre potentiellen Wähler schütten. Wir glauben, dass viele Wähler mittlerweile merken, dass das ausgeschüttete Geld ihr eigenes ist, dass ihnen der Staat vorher weggesteuert hat.

Wir fordern eine sofortige Prüfung aller Subventionen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit ohne Rücksicht auf alte Pfründen.

Agrarsubventionen

Gerade die Stadtbasler Parlamentarier sollten in Bern eine dezidierte, d.h. eine klare und harte Position gegen die astronomischen Agrarsubventionen einnehmen. Statt Direktzahlungen fordern wir Minimalbeiträge, welche unabhängig von der Produktion vergeben werden sollen. Dies ist notwendig, um falsche Anreize zu verhindern.

Viele Schweizer Bauernhöfe haben ihre ökonomische Existenzberechtigung nur noch in der Landschaftspflege. Kein Parlamentarier aus einem ländlichen Kanton (und ausser Basel-Stadt ist jeder Kanton in der Schweiz irgendwie ländlich) würde sich trauen, diese einfache Erkenntnis auszusprechen.

Wir halten das für unverantwortlich. Jungen Menschen, die bauern wollen, muss klar gemacht werden, dass der Beruf des Bauern in der Schweiz langfristig keine Zukunft hat. Heute werden nur falsche Hoffnungen geweckt.

Die Schweiz als Nahrungsproduzent

Es ist unsinnig, dass die Schweiz den Nahrungsanbau in der Schweiz teuer subventioniert, statt Nahrungsmittel aus dem Ausland zu importieren. Heute konkurrenziert die Schweiz die Länder der Dritten Welt auf den Nahrungsmittelmärkten, lässt ihnen aber gleichzeitig Entwicklungshilfe zukommen. Statt die Entwicklungshilfe zu erhöhen, sollte sich die Schweiz für eine Freigabe der Importe aus Entwicklungsländern einsetzen. Damit würde unser Land zeigen, was mit Globalisierung auch gemeint sein kann.

VII. Basel nach Bern bringen

Basel ist bekanntlich die zweitgrösste Wirtschaftsregion der Schweiz, kulturell gar eine Weltstadt. Nur Politisch haben Basel-Stadt und die Region Basel auf nationaler Ebene trotz ihrer Bedeutung wenig Einfluss. In Sachen „Randregionen“ ist Bundesbern damit ausgelastet, den Romands zu beteuern, dass die Schweiz auch nach Ansicht des Bundesrates nicht nur aus dem Flughafen Zürich bestehe, während man gleichzeitig den Tessinern versichern muss, dass sie auch irgendwie dazu gehören, ohne dabei die sensiblen Ostschweizer zu erzürnen.

Basel stimmt nicht mit ein in den Chor der klagenden Kantone und Landesteile. Das ist zwar sympathisch, aber auch ein Grund dafür, warum Basel nicht gehört wird. Mit Klagen allein wäre es aber noch nicht getan. Denn schuld an Basels politischer Inexistenz sind nicht die Zürcher, schuld daran sind wir selbst. Und die meisten der Frauen und Männer, die wir bis anhin nach Bern gewählt haben, sehen sich vorwiegend als Lobbyisten in eigener Sache und nicht ihrer Region. Das ist ihr gutes Recht, aber Basel bringt es nichts.

Auch unsere Regierung unternimmt zu wenig, um sich in Bern vernehmbar zu machen. Unser Vorschlag: Basel wird in Bern einen ständigen Vertreter haben. Das kostet etwa soviel Geld wie ein Regierungsrat und sein engster Stab. Die Jungliberalen sind die letzten die mehr Staatsstellen schaffen wollen, deshalb legen wir das Justiz- und das Polizeidepartement zusammen und schicken dafür einen Basler Botschafter nach Bern. Eine Persönlichkeit, die nichts anderes tut, als für Basel zu weibeln, zu kämpfen und zu charmieren.